

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postanschrift
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 179.

Sonnabend, 4. August 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raskantienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Anzeigen für das „Rieser Tageblatt“ erbiten uns spätestens bis **Vormittag 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabestages.
Die Geschäftsstelle.

Borrrath reicht, im Einzelnen von der unterzeichneten Königl. Amtshauptmannschaft, späterhin aber in der Druckerei von Hermann Starke (E. Madnik) in Großenhain bezogen werden können.

Großenhain, am 1. August 1894.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

1969 F.

In Vertretung: **von Gruben.**

S.

Bekanntmachung.

Auf dem sogenannten Behnigt, d. i. der städtischen Wiese an der Elbstraße, darf künftig **Schutt nicht** mehr abgeladen werden.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. eventuell entsprechender Haftstrafe geahndet.

Riesa, den 3. August 1894.

Der Stadtrath.

Ridger.

S.

Bekanntmachung,

die Aufnahme von Anträgen zur Erlangung von Altersrente betreffend.

Um bei Aufnahme und Behandlung von Anträgen auf Gewährung von **Altersrente** ein möglichst gleichmäßiges Verfahren zu erzielen, hat der Vorstand der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen neue Formulare aufgestellt, welche von jetzt ab zur Verwendung zu gelangen haben.

Dem Herrn Bürgermeister zu Radeburg, sowie den Herren Gemeindevorständen und Ortsvorstehern des amtshauptmannschaftlichen Verwaltungsbezirks wird Solches hierdurch mit dem Bemerken zur Nachachtung bekannt gegeben, daß diese neuen Formulare zunächst, und soweit der

Tagesgeschichte.

Da die vom japanisch-chinesischen Kriegsschauplatz einlaufenden Nachrichten von Tag zu Tag beunruhigender werden, so drängt sich unwillkürlich die Frage in den Vordergrund, was kann oder was wird das Deutsche Reich zum Schutze seiner Reichsangehörigen im fernen Osten thun? Nach den bis jetzt eingetroffenen Depeschen ist eines unserer beiden in Ostasien kreuzenden und stationirten Kanonenboote am Kriegsschauplatz angelangt, d. h. die deutsche Flagge ist mit einem Kriegsschiff vertreten, welches 489 Tonnen Displacement, eine Maschinenstärke von 340 indizirten Pferdekraften und einen Besatzungsstand von 85 Köpfen und dessen Führer soeben Korvettenkapitän geworden ist. Ein zweites derartiges Fahrzeug wird in einigen Tagen aus dem Kriegsschauplatz eintreffen. Dies dürfte aber alles sein, was man von Kriegsschiffen in Ostasien zusammenziehen kann; es sei denn, wie verschiedene Blätter wissen wollen, daß man unsere Kreuzer von anderen Stationen, sei es von der australischen, südamerikanischen oder gar ostafrikanischen nach Ostasien beordert, die mithin frühestens in einigen Wochen daselbst auftauchen können. Aber wenn die Schiffe auch thatsächlich Befehl erhalten hätten, ihre Stationen zu verlassen, auf welchen ihr Kreuzen doch auch nothwendig ist, so können diese herangezogenen Flottenkreuzer dennoch nicht als genügend anerkannt werden, denn von Australien und Afrika können nur Kreuzer 4. Klasse, von Südamerika nur solche 3. Klasse eintreffen, welche letztere zudem durchaus nicht mehr zu den vollwerthigen Schiffen zählen, da sie alten Baudatums sind. Wenn nun von verschiedenen Seiten betont wird, daß das Erscheinen dieser Schiffe als ausreichend für den gegenwärtigen Krieg betrachtet werden müßte, so sind dieser Behauptung zwei Momente entgegen zu halten. Erstens sind derartig allein fahrende Kreuzer durchaus nicht immer so ausgerüstet, um ohne Weiteres eine Fahrt von so schwerwiegender Bedeutung und Verantwortung antreten zu können und zweitens führen diese allein fahrenden Kreuzer keinen Flaggenoffizier mit sich, der als Vertreter des Deutschen Reiches auf dem fernen Kriegsschauplatz erscheinen könnte, wie solche von den anderen Hauptmächten Europas zweifellos schon gegenwärtig in Ostasien sind. Dieser Umstand aber ist von nicht geringer Bedeutung für den ganzen Verkehr und das internationale Ceremoniell von Kriegsschiffen verschiedener Nationen untereinander, die in demselben fremden Hafen liegen. Diese beiden schwerwiegenden Momente würden von selbst fortfallen, wenn das Deutsche Reich augenblicklich ein Kreuzergeschwader nach Ostasien beordern könnte. Denn einerseits befinden sich an Bord des Flaggschiffes eines solchen stets die nothwendigen Ersatz- und Reservekräfte an Proviant, Material, Munition u. s. w., um die übrigen zum Geschwader gehörigen Schiffe jeder Zeit kriegsbereit in Stand zu setzen und reisefähig auszurüsten, und andererseits wäre der Geschwaderchef des Flottenverbandes ein Flaggenoffizier von der Stellung eines Admirals, wie er es bis zur Auflösung eines solchen Verbandes im Frühjahr 1893 war. Der japanisch-chinesische Krieg beweist von neuem, wie unbedingt nothwendig zur Vertretung unserer Interessen im Auslande das Halten eines permanenten Kreuzergeschwaders ist, das nach dem Indiensthaltungsplan des laufenden Etatsjahres vom Oktober ab wohl vorgesehen ist, dessen erneute Zusammenziehung aber kaum zum Herbst zu erwarten sein dürfte.

Deutsches Reich. Daß die deutsche Diplomatie den Krieg zwischen den Japanern und den Chinesen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, ist selbsterklärend. Es darf wohl als die Auffassung der deutschen Regierung angenommen werden, daß letztere der Meinung ist, der Krieg berühre Europa im Allgemeinen und Deutschland insbesondere nur wenig, und daß ferner, soweit sich die Sachlage jetzt übersehen lasse, daran festgehalten werden müsse, daß die Intervention irgend einer europäischen Macht nicht erfolgen werde. Die deutsche Regierung glaubt demgemäß, daß der Krieg lokalisiert bleiben werde. Gewiß kommen nun, was Deutschland anbelangt, handelspolitische Beziehungen in Frage. Langsam, aber doch stetig hat der deutsche Handel es verstanden, in China und Japan sich Boden zu erobern, und bei dem Krieg zwischen den beiden letztgenannten Ländern wird zweifellos der Export in manchen Branchen Schaden erleiden und eine Anzahl von Handelsbeziehungen wenn nicht gerade gelöst, so doch gelockert werden.

Ihrer Majestät der Kaiserin sowohl als den kaiserlichen Kindern bekommt der Kaiserhof auf dem Schlosse Wilhelmshöhe bei Kassel ganz vorzüglich, insbesondere befinden sich Prinz und Prinzessin in gesunderthlicher Beziehung so außerordentlich wohl, daß dieselben auf ärztlichen Rath noch während des ganzen Monats August hier bleiben werden. Ihre Majestät die Kaiserin wird voraussichtlich bis zur Mitte des Monats auf Wilhelmshöhe verweilen.

In den letzten Jahren haben mehrere Staaten gezeigt, daß sich drückende Lasten ihrer Schulden am raschesten erleichtern lassen nicht etwa durch beschleunigte Tilgung oder durch Konversionen, sondern einfach durch einseitige Herabsetzung der vertragmäßigen Zinszahlungen. Mit dieser Art von Staatsbankrott sind Argentinien, Portugal und Griechenland vorgegangen, ohne darin von den geschädigten Gläubigern irgendwie behindert worden zu sein, und einige andere Staaten, zunächst Mexiko, sind im Begriff zu folgen. Am 23. März 1888 emittirte S. Weichroder in Berlin für 210 Millionen M. 6proz. mexikanische Staatspapiere zum Course von 78 $\frac{1}{2}$, und da es gelang, das exotische Papier fast bis zum Paricourse hinauszutreiben, so brachte das genannte Haus am 9. September 1890 eine neue 6proz. mexikanische Anleihe in Höhe von 122,4 Millionen M. zum Course von 93 $\frac{1}{2}$, auf den Markt. Heute stehen Mexikaner wenig über 58. Es hat demnach das deutsche Capital an den beiden mexikanischen Anleihen einen sehr erheblichen Verlust erlitten, und wer bisher noch nicht so klug gewesen ist, das exotische Papier loszuschlagen, wird noch weitere Verluste zu gewärtigen haben. Nach einer Darlegung des „Deutschen Oekonomisten“ stehen der mexikanischen Regierung nur zwei Wege offen, um ihren Etat aufzubessern: entweder muß sie den Dienst der auswärtigen Schuld überhaupt einstellen, oder aber den europäischen Gläubigern Zahlung in mexikanischer Währung leisten. In letzterem Falle würden die Gläubiger fortan ungefähr 45 Proz. der fälligen Zinsen erhalten. Wenn der Julicoupon noch pünktlich bezahlt wurde, so beweist das nichts, da bei den letzten Anleihen das Haus Weichroder beträchtliche Summen für die Coupontermine zurückbehalten hatte. Diese Reserve dürfte über kurz oder lang erschöpft sein und auch mit Mexiko wird man die Erfahrung machen, daß Staaten mit unzulänglichen Einnahmen die Zinsen nur so lange zahlen, wie ihr Kredit fließt. Erhalten sie keinen neuen Kredit mehr, so stellen sie auch die Zinszahlung ganz oder theilweise ein.

Ueber die Vereinfachung der Arbeiterversicherung“ lautet der Titel eines längeren Aufsatzes, den der bayrische Bundesrathsbereitschaftige Ministerialrath von Landmann im Augustheft der „Preussischen Jahrbücher“ veröffentlicht. In dieser Abhandlung werden zunächst die Umstände auseinandergesetzt und durch Beispiele illustriert, welche die weitverbreiteten Wünsche nach Vereinfachung der Versicherungslegislation hervorgerufen haben. Dann folgt eine Skizzirung der wichtigsten Vorschläge, welche in dieser Richtung bisher gemacht worden sind und eine eingehende Beurtheilung derselben. Den Schluß bildet eine Besprechung der jüngst veröffentlichten Besegentwürfe, betreffend die Erweiterung und Abänderung der Unfallversicherung. Gegenüber den Wünschen nach einer weiteren Ausdehnung der Arbeiterversicherung in persönlicher und sachlicher Hinsicht verhält sich der Verfasser ziemlich kühl und rath mit Rücksicht auf die Lage des Kleinwerkes und der Landwirtschaft zu einem recht bedächtigen Vorgehen zumal da die erwarteten Erfolge der Sozialpolitik nicht in vollem Maße eingetreten seien. Insbesondere müsse man bei der in Aussicht genommenen Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handel und Handwerk sehr behutsam verfahren, nicht über das wirkliche Bedürfnis hinausgehen und die Fehler nicht wiederholen, welche bei Erstreckung der Unfallversicherung auf einen Theil des Kleinwerkes bereits gemacht worden seien. Landmann ist deshalb mit dem Gesegentwurf, betreffend die Erweiterung der Unfallversicherung, nicht ganz einverstanden und bekämpft namentlich die in Aussicht genommenen neuen Organisationen, welche zu dem bereits bestehenden complicirten Unfallversicherungsapparat noch hinzutreten sollen. Er befürwortet die Verschmelzung der Unfallversicherung mit der Invaliditäts- und Altersversicherung und wenn er auch die Auflösung der Berufsgenossenschaften für zur Zeit nicht möglich hält, so ist er doch der Meinung, daß wenigstens bei der bevorstehenden Erweiterung der Unfallversicherung diese Verschmelzung hinsichtlich der bisher nicht gegen Unfälle versicherten Betriebe zu betheiligen und daher dieser Theil der Unfallversicherung den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten zu übertragen sei. Es ist bemerkenswerth, daß Landmann in diesem Punkt mit den Ansichten Freund's (des Direktors der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin) übereinstimmt. — Die Auslassungen des bayrischen Bundesrathsbereitschaftigen sind eine indirekte Bestätigung der officiösen Kundgebung, der zufolge es keineswegs feststeht, daß die Erweiterung der Unfallversicherung in naher Zeit den Reichstag beschäftigen wird.

Wenn die Sache selbst nicht so sehr ernst wäre, so könnte die Art, wie sozialdemokratische Blätter zu „dementiren“ pflegen, wirklich nur heiter stimmen. So schleudert der „Vorwärts“ wahre Donnerkeile gegen die Blätter, die so vermessend gewesen sind, von 300000 Mark zu erzählen, die Dr. Leo Krone der sozialdemokratischen Parteikasse zur Verfügung gestellt habe. „Neueste Gesellschaft“ gegen die Sozialdemokratie — „albernes Gewäsch“ — „Fleckenreißerei des Voltzeiblattes“ (nämlich des Intelligenzbl.) — „zu gut, um es der Ehre einer Antwort zu würdigen“, und so geht es weiter in diesem angenehmen Ton. Nun sollte man meinen, es wären entweder die größten Verleumdungen gegen Dr. Krone erhoben, oder die Sozialdemokratie fühlte sich durch den Vorwurf der „Verjudung“ beleidigt. Letzteres wäre ja sehr interessant. Nach dem Schimpfen zu urtheilen, möchte doch man die ganze Geschichte nicht wahr sein. Aber da heißt es ganz harmlos hinterher: „Ueber die regelmäßigen Beiträge“